



Überparteilicher Aufbruch in Richtung Gleichstellung

Nachricht von Yvonne Ploetz, 15. Dezember 2011

Rote Karte für Flexiquote

"Die Berliner-Erklärung vom 15. Dezember ist ein unüberhörbares, zukunftsweisendes Signal in Richtung Gleichstellung von Mann und Frau. Erstmals ist es gelungen in einem überparteilichen Frauenbündnis gemeinsam für spürbare Besserstellungen der Frauen einzustehen", bewertet die frauenpolitische Sprecherin der LINKEN, Yvonne Ploetz, die heute vorgestellte Initiative für eine verbindliche Frauenquote.

"Und als Saarländerin freut mich besonders, auch die Unterschrift unserer Ministerpräsidentin Annegret Kramp-Karrenbauer unter der Erklärung zu lesen. Das ist ein gutes Zeichen für die Frauen im Saarland." Ploetz weiter:

"Es konnte trotz der heterogenen Zusammensetzung der Erstunterzeichnerinnen ein breiter Konsens gefunden werden, nämlich die Forderung nach einer gesetzlich-festgeschriebenen Frauenquote in den Aufsichtsräten der börsennotierten, mitbestimmungspflichtigen und öffentlichen

Unternehmen. Zunächst soll sie mindestens 30 Prozent betragen. Fristen und empfindliche Sanktionen sollen die Wirksamkeit des Instrumentes sicher stellen.

Dieser Aufruf muss gleichzeitig das Ende der Basta-Politik der Bundesfamilienministerin Kristina Schröder einleiten. Die Erklärung ist eine rote Karte für ihre rückschrittliche und kontraproduktive Flexiquote. Schröders Antwort muss nun sein: Das Ende der Alibi-Quote und die Hinwendung zu einer Gleichstellungspolitik, die Frauen sowohl in den Chefetagen, als auch in den Erdgeschoss zu ihren Rechten verhilft. Die Wege dahin eröffnet ihr nicht zuletzt der Gleichstellungsbericht ihrer eigenen Sachverständigen."